



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

γ.: Weimar oder Frankfurt?

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Weimar oder Frankfurt?

Aus Süddeutschland.

Die langwierigen Verhandlungen, welche der Versammlung zu Weimar vorausgingen, haben, wie unerquicklich sie zuweilen zu werden drohten, einen wesentlichen Gewinn gebracht: sie haben die Verhältnisse der deutschen Parteien zu einander klarer gestellt, sie haben insbesondre die großdeutsche Partei in ihrer ganzen Schwäche gezeigt. Die Großdeutschen wollten die weimarer Versammlung zu einer Parteiversammlung herabdrücken: ihre Bemühungen dienten nur dazu, unfreiwillig zu constatiren, daß die Partei ihrer Gegner die Nation selbst hinter sich hat; sie beabsichtigten der kleindeutschen eine großdeutsche Versammlung entgegenzusetzen, und der Erfolg war, daß gerade diejenigen Elemente, auf die sie rechnen mußten, wenn ihre Sache einigermaßen populär sein wollte, sich fern hielten, und nur ein Niederschlag zurückblieb, in welchem ein provincieller Particularismus überwog.

Man durfte mit Recht begierig sein, welche Haltung die Großdeutschen einer freien Versammlung deutscher Abgeordneten gegenüber einnehmen würden. An Bethuerung ihres Eifers für die nationale Sache hatten sie es nie fehlen lassen. Aus der Sprache ihrer Organe zu schließen, glaubten sie sich sogar im Alleinbesitz patriotischer Gesinnung, und ebenso war bisher von dieser Seite das Bedürfniß einer durchgreifenden Reform des Bundes nicht geläugnet worden. Der Gedanke aber, die jährlichen Wanderversammlungen, bei welchen nebenbei so viel politisirt wurde, und die sich in der That nicht unwirksam erwiesen hatten, für die persönliche Verständigung der verschiedenen Stammesgenossen auf einmal auf die Politiker vom Fach auszudehnen, war ein sehr natürlicher; schon längst bildete er den Gegenstand vertraulicher Besprechungen, und die sich allmählig immer steigende Schärfe der Gegensätze konnte am wenigsten ein Grund sein, ein Project aufzugeben, dessen Verwirklichung, ohne eine Entscheidung zu präjudiciren, wenigstens den Parteien eine gemeinsame Arena zum Austausch ihrer Meinungen darbot, und wo nicht zu Weiterem, doch jedenfalls zu einer Klärung der Lage führen mußte. Waren nur diejenigen Elemente, welche einer ernstlichen Reform überhaupt entgegen waren, selbstverständlich ausgeschlossen, so stand bei der Gleichartigkeit des Ziels eine Erweiterung der bestehenden Kluft durch die offene Debatte nicht zu befürchten. Strebte man eine legale Vertretung des deutschen Volkes an, was ja zugestandenermaßen das Ziel Aller war, so mußte eine solche doch Klein- und Groß-

deutsche in sich fassen, wie seiner Zeit das frankfurter Parlament, warum also eine freie Conferenz mit den entgegenstehenden Parteien vermeiden, mit denen man doch auf dem Boden einer legalen Institution, die man selber herbeiwünschte, gut zusammentreffen nicht vermeiden konnte?

Wollte also eine Partei sich im voraus dieser Conferenz entziehen, so war sie einem doppelten Verdacht ausgesetzt. Entweder sie erklärte damit, eine nationale Reform mit wahrhafter deutscher Volksvertretung überhaupt nicht zu wollen, oder sie bekannte stillschweigend damit ein Gefühl der Schwäche, das Bewußtsein der Unfähigkeit, der andern Partei angesichts der ganzen Nation mit offenem Visir gegenüber zu treten. Die großdeutsche Partei konnte sich nicht verhehlen, daß, wenn sie nicht erschien, sie freiwillig das Terrain räumte, sich selbst im voraus für geschlagen gab. Daher überwog auch von Anfang an die Ansicht, man müsse erscheinen; ein Besuch in Masse ward in Aussicht gestellt, mehre öffentliche Stimmen forderten zu möglichst zahlreicher Betheiligung auf, um wenigstens in dieser Hinsicht den Gegnern gewachsen zu sein. Auch in Wien, wo eben der Juristentag das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit Deutschland neu erweckte, überwog diese Meinung. Schmerling selbst schien kein anderes Mittel zu wissen, der unbequemen Versammlung zu begegnen, als sie durch eine Massenbetheiligung der Großdeutschen möglichst in seinem Sinn zu lenken.

Allein gleichzeitig mußten sich auch sehr gewichtige Bedenken geltend machen; eine gewisse Unsicherheit war auf großdeutscher Seite von Anfang an zu bemerken. Schon der eben berührte Punkt der „Massenbetheiligung“ war überaus charakteristisch. Dasselbe Motto, das am besten den Mangel der Partei an Selbstvertrauen kennzeichnet, war in den Vorbesprechungen noch besonders mit der Forderung aufgetreten, eine Vorversammlung aus einer je gleichen Anzahl von Genossen der beiden Parteien zu bilden. Die Furcht, überstimmt zu werden, war also die dominirende Rücksicht, man legte das Hauptgewicht auf die Menge, und ein wiener Blatt war geradezu so naiv, die Großdeutschen zu ermahnen, nur dann zu kommen, wenn sie der Mehrzahl gewiß seien. Als ob es darauf angekommen wäre, die Gegner zu überstimmen oder vielleicht zu überschreien, als ob eine zufällige Mehrheit in dem Gang der Dinge oder selbst in der Stellung der Parteien das Geringste hätte ändern können! Wo so ängstlich das Bestreben vorwaltete, wenigstens in großer Anzahl zu erscheinen, damit Einer am Andern einen genügenden Rückhalt hätte, da mußten noch andre Bedenken schwerer Art vorhanden sein.

Zwar diejenigen, die vorgeschützt wurden, waren so unhaltbar als möglich. Die Namen der Einladenden, hieß es, bürgten dafür, daß es nur auf eine Nationalvereinsversammlung abgesehen sei. Allein es war nicht die Schuld der Kleindeutschen, daß die Großdeutschen sich weniger für das Zustande

kommen der Versammlung interessirten. Der Charakter der letzteren hing zudem doch ganz von denen ab, welche sie besuchen wollten, und daß es wenigstens nicht auf Ausschließlichkeit abgesehen war, bewies doch hinlänglich die ausdrückliche Einladung an die Oestreicher, die auf Wunsch der Freunde Oestreichs förmlich beschlossen wurde, obwohl nachher die Oestreicher selbst die Miene von Verletzten annahmen, weil die specielle Einladung auf sie den Schein würfe, als befänden sie sich in Ausnahmeverhältnissen. Was dann weiter bedenklich gefunden wurde, der Ort der Zusammenkunft, die Form des Einladungsschreibens, die Wahl der Gegenstände der Tagesordnung, waren handgreiflich die wichtigsten Vorwände. Das Papier erröthete, auf dem sie niedergeschrieben wurden.

Dagegen war es allerdings ein sehr richtiges Gefühl, das durch diese Vorwände bemäntelt werden sollte. Es war das Gefühl, daß die Sache der eigenen Partei nicht die der Nation sei, das Gefühl, daß man im Begriffe stand sich in einen ungleichen Kampf einzulassen. Dies der Grund der Unsicherheit, die durch die wechselnden Entschliefungen der Großdeutschen hindurchging. Waren sie aufrichtig, so mußten sie sich doch gestehen, daß die Namen Lerchenfeld und Dunno Klopp nicht denselben Klang bei der Nation haben, wie die eines Bennigsen oder Häuffer, und daß an ihre Bestrebungen, wie redlich sie von Einzelnen verfolgt wurden, doch unabwendbar sich der Troß der Ultramontanen und der Reformfeinde aller Art hängte, ja daß deren Mitwirkung für sie gar nicht zu entbehren war, sie konnten sich nicht verhehlen, daß, wenn heute eine allgemeine Reichsvertretung zu Stande käme, sie selbst höchstens die Bedeutung einer Minorität hätten, und zwar, was die Hauptsache ist, einer localen Minorität. Denn sehen wir von den Bundesgenossen aus dem ultramontanen Lager ab, die man doch am liebsten verläugnen möchte, so bestand das Heerlager aus dem Gros der Oestreicher, die aber — um einen Ausdruck aus unseren Zollwirren zu entlehnen — in der Hauptfrage nicht als Sachverständige, sondern als Betheiligte erschienen, ferner aus jenen bayrischen Abgeordneten, welche mit Herrn von der Pfordtens innerer Politik ebenso unzufrieden waren, als sie dessen auswärtigen Bemühungen Beifall klatschen, endlich aus den schwäbischen preußenseindlichen Demokraten, deren Dogma freilich nicht in allen Stücken als orthodox gelten konnte, und deren Beistand jedenfalls sehr zweifelhaft war. Was sonst im übrigen Deutschland etwa zu dieser Fahne hielt, waren vereinzelte Politiker, die mit dem Boden, auf welchem ihre Originalität gedieh, in keinem Zusammenhang standen. Also eine Schaar, einig bloß im Widerspruch gegen den preußisch-deutschen Bundesstaat, im Uebrigen aber ohne positive Interessen- und Meinungs- Gemeinschaft, ein Theil — und nicht der unbedeutendste — von unzuverlässiger Treue, das Ganze ohne Disciplin, weil ohne klare Ziele.

Der Mangel an Disciplin — dies war denn auch die Entdeckung, welche eben zur rechten Zeit noch von der Partei selbst gemacht wurde. Man fühlte den Mangel dessen, was man Parteiorganisation nennt, als ob der Mangel an innerem Zusammenhalt durch äußere Veranstaltungen gedeckt werden könnte, und dieser Grund wurde nun als der entscheidende vorangestellt, um damit die Ablehnung des Zusammentritts mit den Gegnern zu begründen. Es war dies nun allerdings zunächst eine innere Sache der Partei, mit der sie es halten konnte, wie sie wollte. Niemand konnte ihr verargen, Zusammenkünfte der Parteigenossen zu halten, Parteiprogramme zu entwerfen und anstatt der einzelnen großdeutschen Vereine, welche sich an der oberen Donau, an der Isar, an der Leine zu einem zweifelhaften Dasein hervorgewagt hatten, den wahren großdeutschen Verein zu begründen. Aber ein Anderes war es, mit diesem Bestreben, zu dem sie doch wahrlich Zeit genug gehabt hatten, in einem Augenblick hervorzutreten, wo im Gegensatz zu den einseitigen Parteibestrebungen ein allgemeiner Meinungsaustrausch der reformfreundlichen Abgeordneten eingeleitet wurde. Indem sie der allgemeinen Conferenz den Rücken drehten, um sich als Parteiconferenz zu constituiren, wurde ihre Versammlung eine Gegenversammlung und forderte als solche die Kritik heraus.

Es soll nun nicht die Frage aufgeworfen werden, ob es besonders patriotisch war, der weimarer Versammlung ein Paroli zu biegen, ob es gerade dem Namen der großdeutschen Partei entsprach, eine an die Zeiten der Gegenkaiser und Gegenpäpste erinnernde Scene aufzuführen, noch, ob es politisch klug gedacht war, sich gestilfentlich von der gemeinsamen Action auszuschließen. Alle diese Fragen sind um so überflüssiger, als es unzweifelhaft ist, daß die eigentliche Absicht, welche die Großdeutschen mit ihrer Taktik verfolgten, vollständig mißlungen ist.

Der Zweck war, wie gesagt, einerseits der weimarer Versammlung den Charakter einer Parteiversammlung aufzudrücken, andererseits sich selbst den Anschein zu geben, als repräsentire man zum mindesten eine ebenbürtige, wo nicht die wahrhaft nationale Partei. Beide Zwecke sind verfehlt worden, und das Verdienst, diese Thatsache offenkundig gemacht zu haben, gebührt in erster Linie dem Verhalten der schwäbischen Fortschrittspartei.

Beide Theile zählten auf die schwäbischen Abgeordneten der Fortschrittspartei, und die Sache lag in der That so, daß deren Beitritt zur einen oder anderen Seite von erheblichem Gewicht war. Gingen sie nach Weimar, und dahin rief sie die nationale Gesinnung, so war dieser Versammlung ein allgemeinerer Charakter, als der einer Parteiversammlung gesichert; gingen sie nach Frankfurt, und dahin zogen sie die großdeutschen Sympathien, so war die nationale Sache unzweifelhaft geschwächt, und die großdeutsche Gegenversammlung erhielt einen Succurs, der sie wenigstens in einem Theile Deutschlands populär machen mußte.

Die Schwaben standen am Scheideweg, und die Wahl schien nicht ganz einfach zu sein. Sie mußten sich darauf gefaßt machen, zu Weimar in wesentlichen Dingen auf entschiedenen Widerspruch zu stoßen, während sie in Frankfurt mit offenen Armen aufgenommen wurden und hier sicher Alles geschah, um ein Compromiß mit ihnen abzuschließen. Die Abneigung gegen Preußen konnte durch die neuesten Vorgänge daselbst nur verstärkt werden, fand doch das Programm der Bundesstaatspartei seinen entschiedensten Gegner an der illiberalen inneren Politik des eventuellen Bundeshauptes. Dagegen hatten im Lauf der letzten Monate die großdeutschen Stimmungen einen gewaltigen Anlauf genommen. Das Schützenfest hatte in diesem Sinne nachgewirkt, die zahlreichen Gäste, welche in diesem Sommer auf österreichischem Boden erschienen, hatten die Kunde zurückgebracht von den Gefühlen der Anhänglichkeit, welche die Deutschösterreicher dem gemeinsamen Vaterland bewahrten, und die, wie unklar sie an sich sein mochten, doch ebendeshalb wohl zu unterscheiden waren von dem berechneten officiellen Deutschpatriotismus, welchen die Vertreter der Regierung bald bei den Juristen bald bei den Künstlern an den Mann zu bringen suchten. Die Verhältnisse lagen in der That für die Großdeutschen günstig wie nie. Durch die Allianz mit der großdeutschen Demokratie konnten sie vorübergehend zu einer Macht werden, welche, wenn sie auch der Natur der Sache nach nichts Positives zu schaffen im Stande war, doch den Widerstand gegen die klar gesteckten Ziele der Bundesstaatspartei verstärken mußte, und der demokratischen Fraction schien dabei immerhin eine Art Ehrenplatz gesichert, da sie wenigstens der populärere Theil war.

Aber andererseits standen einer solchen Taktik die gewichtigsten Gründe entgegen. War es wirklich ein Ehrenplatz, den die Demokratie in Frankfurt eingenommen hätte? Sagen wir es geradezu: es war allerdings eine Frage der Ehre, bei der Gesellschaft in Frankfurt zu erscheinen oder nicht zu erscheinen. Aber, irren wir uns nicht, so war es zum Theil eben ein gewisses Anstandsgesühl, das davon abhielt, an der Demonstration einer Partei sich zu betheiligen, welche doch Patrioten sehr zweifelhaften Charakters zu den Ihrigen zählen mußte. Anderentheils war es freilich zugleich die wohlervogene Einsicht, daß es ein politischer Fehler wäre, sich von den Berathungen zu Weimar auszuschließen, ja, man darf sagen, eine gewisse patriotische Selbstverläugnung, da man sich nicht verhehlen konnte, in vielen Punkten als eine kleine Minderheit der überwiegenden Mehrheit in Weimar gegenüberstehen zu müssen. Lieber die Minorität in Weimar, als mit dem großen Troß zu Frankfurt: dieser Entschluß ist aller Anerkennung werth.

Mochten nun auch Einzelne im Anfang schwanken, konnte man Stimmen hören, wie die: „dort ist das preußische, hier das österreichische Lager, weder hier noch dort ist für uns die rechte Stelle“, — Stimmen, denen von allen demo-

kratischen Organen bloß ein frankfurter Blatt öffentlichen Ausdruck verlieh; so muß doch gesagt werden, daß die große Mehrzahl keinen Augenblick im Zweifel war, und daß insbesondere diejenigen beiden Demokraten, auf welche wegen ihres ausgesprochenen Großdeuthums die Rosenheimer ganz besondere Hoffnung gesetzt hatten, nämlich Probst und Schott, durch ihre entschlossene Haltung gegenüber den verlockenden Einladungen von großdeutscher Seite die Situation wesentlich klärten und vereinfachten.

Damit, daß Probst und Schott die Einladung nach Rosenheim ablehnten, sagte sich das schwäbische Großdeuthum von dem bayrisch-österreichischen Großdeuthum los. Dies war der entscheidende Augenblick. Denn nach der Versammlung in Rosenheim war vollends jeder noch bestehende Zweifel für Schwaben gelöst. Formelle wie materielle Gründe wirkten hierzu gleichmäßig mit.

Mit Erstaunen erfuhr man, daß bei einer Versammlung „liberal-großdeutscher“ Notabilitäten, wie es ausdrücklich hieß, Württemberg durch den Frhn. v. Barnbühler vertreten war, einen Mann, der das eine Erforderniß zwar unbezweifelt im hohen Maße besaß, nämlich die großdeutsche Gesinnung, dessen Liberalismus dagegen bisher vollständig im Verborgenen blühte. Mit Frn. v. Barnbühler, den man, sofern es in Württemberg überhaupt eine Junterpartei gibt, allerdings das Haupt derselben nennen kann, konnte die schwäbische Fortschrittspartei nicht zusammengehen. War Frhr. v. Barnbühler, wie verlautet, sogar der Vorsitzende der rosenheimer Adelsversammlung, so beging man damit eine Taktlosigkeit, die nur daraus zu erklären ist, daß man sich über die Stimmung des schwäbischen Volkes gründlich täuschte.

Aber auch in materieller Beziehung waren die Beschlüsse der rosenheimer Versammlung, so viel davon in die Oeffentlichkeit drang, entscheidend. Man hatte sich dort im Wesentlichen für die Delegirtenversammlung und für das Bundesgericht ausgesprochen. Nun ist aber kein Gedanke bei der schwäbischen Fortschrittspartei, und vielleicht beim schwäbischen Volke tiefer gewurzelt, als der eines vollen, unverkürzten Parlaments, selbst als Abschlagszahlung konnte die Delegirtenversammlung keine Gnade finden. Bezüglich des Bundesgerichts kam noch ein besonderer Umstand hinzu. Man erinnerte sich nämlich, daß unter die Competenz eines solchen Bundesgerichts auch die in Württemberg seit Jahren schwebende Frage wegen den Nachtragsentschädigungen für die durch die Ablösungsgesetzgebung von 1848 und 49 beschädigten Privilegirten fiel. Die Angelegenheit ist zwar insofern bereinigt, als nach den entschiedenen Meinungsäußerungen der II. Kammer vorläufig nicht weiter davon die Rede ist. Für die Zukunft ist man dagegen noch immer nicht beruhigt, so lange Herr v. Linden am Ruder bleibt; und was nun ein merkwürdiger Zufall ist, gerade Herr v. Barnbühler war seiner Zeit der Hauptvertreter der Adelsinteressen, der eifrigste Vertheidiger der unconstitutionellen sogenannten Nach-

tragsentschädigungen gewesen. Ob nun diese allerdings sehr particuläre Einwendung gegen die Institution des Bundesgerichts begründet ist oder nicht, genug das Mißtrauen ward jedenfalls dadurch noch befestigt, und es blieb somit außer den unbestimmten und vieldeutigen auf die Beibehaltung Oesterreichs gerichteten Wünschen und Bestrebungen nichts Gemeinschaftliches übrig, als etwa noch der Widerspruch gegen den deutsch-französischen Handelsvertrag. Allein dieser Punkt, über den die Fortschrittspartei Schwabens selbst keineswegs einig ist, war am wenigsten geeignet, für den Anschluß an die Großdeutschen den Ausschlag zu geben. Im Gegentheil wurde das Trennende so sehr als im Vordergrund stehend empfunden, daß selbst sehr entschiedene Gegner des Handelsvertrags doch keinen Augenblick sich besannen, wie die Einladung zu einer großdeutschen Parteiversammlung zu beantworten sei. So konnte denn das Resultat der häufigen Besprechungen, die in dieser Frage in Stuttgart gehalten wurden, nach allen Seiten hin kein anderes sein, als die Entscheidung für Weimar, gegen Frankfurt.

Freilich darf man sich durch diese Entschliebung nicht zu der Annahme verleiten lassen, als ob die Schwaben nun ihre Vorbehalte und Bedenken, die sie bisher in gewisser Entfernung von der Bundesstaatspartei hielten, gänzlich aufgegeben hätten. Eben in jenen Vorbesprechungen war besonders das Bestreben sichtbar, als geschlossene Fraction in Weimar aufzutreten. Man gab sich alle Mühe, einstimmige Beschlüsse zu erzielen, für die dann die ganze Landsmannschaft einzutreten hätte. Dieser Zug muß als besonders charakteristisch hervorgehoben werden. Obwohl gerade hierdurch verhindert wurde, daß einzelne Mitglieder sich für die andere Seite gewinnen ließen, so ist doch nicht zu läugnen, daß in diesem landsmannschaftlichen Zusammenhalten ein Nest von provinciellen Sondergeist steckt; andererseits konnte jene Einstimmigkeit in einzelnen Fragen nur durch unbestimmte, den Kern der Sache unberührt lassende Resolutionen erzielt werden, wie das namentlich bei der die Zollfrage betreffenden Resolutionsfrage hervortrat. Allein jener Nest von Particularismus läßt sich nur in der Berührung mit anders nuancirten Meinungen aufweichen, in freier Discussion — in persönlicher Reibung, in selbstloser Hingabe an das Ganze. Und ebendeshalb, weil die Schwaben — ungleich ihren großdeutschen Gesinnungsgenossen — einem Meinungsaustausch nicht aus dem Wege gingen, in welchem jede individuelle und jede provincielle Anschauung auf ihren wahren Werth zurückgeführt wird, ist die Bedeutung ihres Entschlusses nicht zu unterschätzen. Der Anschluß der Schwaben an die Nationalpartei, die dadurch offenkundig gewordene Spaltung innerhalb des großdeutschen Lagers ist ein Resultat, das schon die Einleitungen zur weimarer Versammlung herbeigeführt haben, und das als ein weiterer Schritt auf dem langsamen Weg der deutschen Reform freudig begrüßt werden darf.

7.

10*